

Foto:
Privat

"America's New War": Nationalismus, Geschlechter- und Rassenpolitik

Das Interview führte Andrea Bramberger & Edgar J. Forster.

Übersetzt von Angelika Reichl.

Der Kranich: Was bedeutet "America's New War" für das Land und für Sie?

Bettina Aptheker: Viele Menschen in den Vereinigten Staaten sind davon überzeugt, dass die Angriffe auf das World Trade Center und den Pentagon terroristische Aktionen waren. Es waren kriminelle, aber keine kriegerischen Handlungen. Und das ist ein wichtiger Unterschied. Keine Nation hat die Vereinigten Staaten angegriffen, und bestimmt nicht Afghanistan. [...]

Ich sehe, dass sich viele von uns gegen diesen Krieg aussprechen. So haben zum Beispiel Tausende von Menschen an Friedensmärschen in San Francisco und New York City teilgenommen. Und es gab eine Vielzahl kleinerer, ähnlicher Protestaktionen wie Briefe an Kongressabgeordnete und an Zeitungen. [...] Die Terrorangriffe waren Gewaltakte und sind politisch unentschuldigbar. [...] Für Tausende von Menschen brachten sie entsetzliche Zerstörung, Schaden und Verletzung [...]. Doch es stimmt ebenso, dass es keine Lösung ist, ein anderes Land zu bombardieren oder gar den Krieg auf den Irak oder andere Länder in dieser Region auszudehnen. Ich möchte hinzufügen, dass viele von uns - noch einmal: ich stehe damit nicht allein - glauben, dass man Terrorismus nicht mit Krieg oder immer verschärfteren Sicherheitsmassnahmen bekämpfen kann. Es ist notwendig, die dahinterliegenden Probleme sozialer Gerechtigkeit, die Terrorismus hervorrufen, anzusprechen. [...]

Der Kranich: Soziale Gerechtigkeit ist eng mit ethnischer Zugehörigkeit und Geschlecht verknüpft und Kriege sind "gendered and racialized wars". Stimmt das auch für diesen Krieg?

Bettina Aptheker: Das United States Police Department hat in verschiedenen Städten eine lange, lange schreckliche Geschichte im Umgang mit 'People of Color'. Sie reicht Generationen zurück. In den USA hat es sehr, sehr ernste rassistische Vorfälle als Folge von Polizeigewalt gegeben. Deshalb ist es überaus besorgniserregend, wenn in

den Vereinigten Staaten ein neues Gesetz verabschiedet wird, das der Polizei mehr und mehr Rechte einräumt. Ein solches wurde heute Morgen, am 26. Oktober, vom Präsidenten unterzeichnet [...]. Es wird kurz 'USA Act' genannt und gibt der Polizei beinahe uneingeschränkte Rechte zur Überwachung, wie sie sie in diesem Land nie hatte. [...] Wir sind selbstverständlich sehr besorgt, dass dies unverhältnismässig und brutal gegen 'People of Color' eingesetzt wird. Derzeit wissen wir von 700 Personen, die [erg.: als Reaktion auf die Terrorattacken] eingesperrt sind. Alle 700 Inhaftierten stammen aus dem Mittleren Osten oder haben dort ihre Wurzeln. Das Justizministerium hat gemäß einem Artikel in der Los Angeles Times vor einigen Tagen bestätigt, dass die überwiegende Mehrheit dieser eingesperrten Menschen keine wie immer geartete Verbindung mit dem Terrorismus hat. [...] Daher sind wir über diese Art von Polizeiverfolgung, über diese Massenverhaftungen von Menschen aufgrund ihrer Herkunft [orig.: race] - denn das geschieht momentan - sehr beunruhigt. Und ich denke, dass dies überaus ernst ist und schwerwiegende negative Folgen für unser Land haben kann. [...]

Gehen wir zur Geschlechterpolitik im Zusammenhang mit den Terrorattacken und den Folgen: Ich persönlich unterstütze mit allem Nachdruck die Revolutionary Association of the Women of Afghanistan (RAWA). Die RAWA besteht darauf, dass eine neue Regierung - wie immer sie auch aussehen mag - folgenden Prinzipien folgt: sie muss wahrhaft demokratisch sein, sie muss aus einer Koalition bestehen, in der wirklich all die verschiedenen ethnischen Gruppen, die in Afghanistan leben, repräsentiert sind. Und die neue Regierung muss all die schrecklichen Restriktionen, die in Afghanistan gegen Frauen verhängt worden sind, aufheben. [...] Sie muss die Rechte der Frauen anerkennen und es muss Frauen im Parlament geben.

Der Kranich: Gibt es in den USA oppositionelle Bewegungen? Gibt es Friedensinitiativen?

Bettina Aptheker: Wir werden fortfahren, in den USA eine Friedensbewegung aufzubauen. Und wir werden ebenso daran arbeiten, eine Bewegung für soziale Gerechtigkeit zu bilden. Das bedeutet, wir werden gegen das Einsperren von Menschen unter diesen neuen Gesetzen, die eben verabschiedet wurden, kämpfen. Wir werden alles daran setzen, ernstzunehmende und breitmöglichst angelegte Demonstrationen zu organisieren. Ich halte es für durchaus möglich, daß sich gegen das, was die Regierung macht, eine starke Opposition bildet, denn meine Erfahrung über die vielen Jahren des politischen Aktivismus sagt mir, dass die Menschen in den USA eine tiefe Beziehung zu den bürgerlichen Freiheiten haben. [...] Und ich denke, wenn sie genau verstehen werden, welche Art von Verfolgung diese neue Gesetzgebung zuläßt, dann wird die Opposition wachsen. [...] Es wird der Eindruck vermittelt, als ob das amerikanische Volk völlig hinter dem Präsidenten stehen und es keine Opposition geben würde. Das ist nicht wahr. Es ist vielmehr Teil der Medienpolitik und ein Bild,

"Auf dem Papier bedeutet
Freiheit absolut nichts!"

das die Regierung zeichnen möchte. Bereits an der Kongress-Debatte über die Gesetzgebung für den sogenannten "USA Act" kann man Opposition erkennen. Zwei Dinge sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert. Erstens, die "Haft ohne Verfahren": Der ursprüngliche Antrag sah vor, dass Personen ohne Verfahren drei Monate eingesperrt werden können. In der verabschiedeten Version wurde diese Zeit auf eine Woche reduziert, weil oppositionelle Kongressabgeordnete darin die Verletzung konstitutioneller Rechte sahen. Zweitens: Das Gesetz hat, wie wir es nennen, eine "Sunset Klausel". Das bedeutet, dass dieses Gesetz nach vier Jahren automatisch außer Kraft gesetzt wird. Auch diese zeitliche Beschränkung wurde von liberalen Kongressabgeordneten durchgesetzt. [...]